

Das Ende der Sozialdemokratie, wie wir sie kannten

– bayerische und hessische Lektionen

von Peter Reif-Spirek¹

Als erste Landtagswahlen nach Bildung der Bundesregierung kam den Wahlgängen in Bayern und Hessen von vornherein bundespolitische Bedeutung zu. Die wochenlangen Querelen, die gemeinsamen Versuche von Seehofer und Söder, die Flüchtlingspolitik nach rechts zu verschieben und die Elitenkungelei um den Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen erzeugten das Bild einer handlungsunfähigen Bundesregierung. Die Wahlergebnisse² zeigen in eine eindeutige Richtung: Die an der Bundesregierung beteiligten Parteien mussten dramatische Stimmenverluste im zweistelligen Prozentbereich hinnehmen. Erst nach wenigen Monaten im Amt muss man konstatieren, dass die GroKo keine gesellschaftliche Mehrheit mehr repräsentiert. Von ihr ist weder eine Erneuerung der politischen Kultur zu erwarten noch eine offene Debatte der wirklichen Zukunftsfragen der deutschen Gesellschaft.

Die politischen Ausgangspunkte der beiden Wahlverlierer SPD und CDU/CSU unterscheiden sich jedoch fundamental. Die bayerische SPD hat mit 9,7 Prozent das schlechteste Wahlergebnis in der sozialdemokratischen Nachkriegsgeschichte überhaupt erreicht, die SPD Hessen mit 19,8 Prozent „nur“ das schlechteste Hessen-Ergebnis. Die bayerische SPD hat die Hälfte ihrer Wählerschaft verloren und erzielt nur bei den über 60-Jährigen ein zweistelliges Ergebnis. Bei allen darunter liegenden Altersgruppen schafft sie es mit 7 Prozent gerade einmal über die 5-Prozent-Hürde. Auch in Hessen ist die SPD-Wählerschaft strukturell überaltert. In Bayern und knapp auch in Hessen geht die Führung des Mitte-links-Lagers auf die Grünen über. Das gilt vor allem für die urbanen Zentren. Ein programmatischer Markenkern der

Sozialdemokratie ist offensichtlich nicht mehr erkennbar. Fast 80 Prozent der Wähler (und fast 75 Prozent der eigenen Wähler) sehen kein zentrales begeisterungsfähiges Thema mehr mit der Partei identifiziert. Auf den Politikfeldern, auf denen ihr noch Kompetenzen zugeordnet werden, hat sie zugleich die höchsten Vertrauensverluste in den Augen der Wähler zu verzeichnen. Beim zentralen Wahlkampfversprechen in Hessen, der Frage des bezahlbaren Wohnraums, lag das Minus bei zwölf, auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit bei minus acht Prozent. Im Unterschied zu anderen Bundesländern kann die SPD in Hessen noch einen alten Milieukern ansprechen, denn sie ist mit 28,9 Prozent nach wie vor die deutlich stärkste Kraft bei den Wählern mit Gewerkschaftsbindung. Aber auch dieser politische Kredit aus alten Zeiten braucht sich auf. Insbesondere bei den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern zeichnen sich die Veränderungen ab: Hier liegen die Grünen mittlerweile mit 24,7 Prozent fast auf Augenhöhe mit der SPD (26,3 Prozent).³

Eine große Mehrheit der SPD-Wähler wünscht sich daher eine Erneuerung der Bundespartei in der Opposition. Nur 18 Prozent der eigenen Wähler in Hessen sind der Meinung, dass die Erneuerung unter Andrea Nahles gut voran ginge. Gleichwohl zeigt gerade das bayerische Ergebnis, dass die Lage noch viel dramatischer ist, weil Opposition kein Garant für Erneuerung ist.

Stolz gaben Sozialdemokraten einst ihrer Zukunftshoffnung mit dem Lied „Mit uns zieht die neue Zeit“ Ausdruck. Die SPD vermittelt den Eindruck einer Partei auf dem Abstellgleis, die schon lange die Zeichen der „neuen Zeit“ nicht mehr erkennt und ihre gesellschaftliche Kommunikationsfähigkeit weitgehend verloren hat. Ein Ausstieg aus der GroKo, so notwendig

1 Peter Reif-Spirek ist Sozialwissenschaftler und parteiloser Sozialdemokrat in Erfurt.

2 Daten nach: Landtagswahl Bayern. 15. Oktober 2018. Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des Infratest-dimap-Berichts für die SPD. Landtagswahl Bayern. 28. Oktober 2018. Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des Infratest-dimap-Berichts für die SPD.

3 Vgl. zu Hessen die DGB-Daten: <http://www.dgb.de/themen/++co++615c79eadb81-11e8-9092-52540088cada> (eingesehen am 2.11.2018).

dieser ist, um wieder als Alternative attraktiv zu werden, würde daran erst mal nichts ändern. Wenn der Generalsekretär Lars Klingbeil die Wahlniederlage zu einem Performance-Problem verniedlicht, dem mit Kabinettsdisziplin und Regierungsfahrplänen beizukommen ist, zeigt dies, wie wenig die Berliner Parteispitze fähig ist, den Ernst der Lage zu erkennen. Die offene Frage ist, wie lange die ermattete SPD-Basis diese Politik noch mitträgt, die unweigerlich zur Selbstmarginalisierung der Sozialdemokratie führt.

Demgegenüber ist die CSU fast noch in einer komfortablen Lage. Zwar hat auch sie mit ihrem schlechtesten Ergebnis seit 1954 dramatische Stimmenverluste hinnehmen müssen, aber sie ist nach wie vor in der Lage eine Regierungsmehrheit anzuführen und verfügt dabei auch noch über unterschiedliche Koalitionsoptionen. Der Gewinn von 85 der 91 Direktmandate zeugt von einer nach wie vor vorhandenen Dominanz, von der andere Landesverbände nur träumen können. Trotz aller Verluste konnte die CSU auch im Nichtwählerbereich deutlich neu mobilisieren. Ihre Verluste sind nicht zuletzt Ergebnis einer verfehlten Wahlstrategie, mit der es nicht gelungen ist, die eigenen Erfolge zu kommunizieren. Mit ihrer Rechtswende, die die Migrationspolitik zur „Mutter aller Probleme“ (Seehofer) erklärte, wurde der politische Frame des Rechtspopulismus aufgegriffen und verstärkt. Auch die politische Achsenbildung mit Viktor Orbán in Ungarn und Sebastian Kurz in Österreich, der mit der rechtsradikalen FPÖ koalitiert, zeugt hiervon. Man bekämpft den Rechtspopulismus nicht, indem man ihm ähnlich wird. Die CSU hat dadurch große Stimmenverluste sowohl in Richtung der AfD als auch der Grünen hinnehmen müssen. 70 Prozent der Wähler und selbst 51 Prozent der CSU-Anhänger waren der Meinung, dass sich die CSU zu sehr auf die Flüchtlingspolitik konzentriert habe, während wichtige wahlentscheidende Themenfelder aus dem Blickfeld gerieten. Damit hat die CSU auch der AfD das politische Feld bereitet, die sich als eine Art Old-School-CSU zu inszenieren wusste. Erst nachdem die CSU das politische Koordinatensystem nach rechts verschoben hatte, machte sie eine Kehrtwende und griff die AfD scharf an.

Auf der anderen Seite verlor die CSU viele bürgerliche Wähler an die Grünen. Wichtige ehrenamtliche Strukturen der Flüchtlingsarbeit werden auch von konfessionell gebundenen bürgerlichen Milieus getragen, die von Inhalt und Form der CSU-Politik abgeschreckt wurden. Die bayerische Gesellschaft erwies sich als pluraler und weltoffener, als es die CSU-Wahlstrategen annahmen. Bis weit in die CSU-Wählerschaft hinein gab es starke Sympathien für eine schwarz-grüne Koalitionsregierung. Die Zeiten absoluter CSU-Herrschaft gelten selbst bei einem wachsenden Teil des eigenen Wahlvolks nicht mehr als erstrebenswert.

Die CSU-Führung setzt auf die sogenannte Bayern-Koalition mit den gestärkten Freien Wählern, die sich aus ähnlichen Milieus wie die CSU speisen und im Unterschied zu den Grünen keine habituellen Unterschiede zu ihr aufweisen. Ob man mit dieser Politik die modernisierten bürgerlichen Milieufaktionen zurückgewinnen kann, die bei dieser Wahl zu den Grünen wechselten, ist eine offene Frage.

Gleichwohl kann das bayerische Wahlergebnis nicht zum Erneuerungssignal umgedeutet werden, wie dies vor allem im grünen Milieu geschieht – am Wahlabend noch getrieben von dem kaum überhörbaren Wunsch, sich der CSU als Koalitionspartner anzudienen. Im Wahlergebnis kommt keine Krise des bürgerlichen Blocks zum Ausdruck, sondern seine Transformation und innere Differenzierung. Fast zwei Drittel der bayerischen Wähler votierten für CSU, Freie Wähler, FDP und AfD – Parteien, die allen Unterschieden zum Trotz eine Migrationspolitik rechts der Merkel-CDU einforderten. Dieses Kräftefeld hat sich im Vergleich zur Landtagswahl 2013 sogar noch leicht vergrößert, weil nunmehr auch FDP und AfD parlamentarisch verankert sind.

Die hessische CDU repräsentierte einst den stramm rechten Flügel der CDU; noch unter dem Spitzenkandidaten Roland Koch wurde mit strammen Ressentiments gegen Migranten und alles, was irgendwie links schien, politisch mobilisiert. Ihre neue Positionierung als Merkel-treuer Landesverband, der still mit den Grünen die Regierungsgeschäfte besorgt, hatte

das schlechteste Hessen-Ergebnis seit 1966 zur Folge. Und wie in Bayern verlor die CDU Wähler zu gleichen Teilen an die AfD und die Grünen. Wenn gegenteilige Strategien von CDU und CSU zu gleichen Wählerverlusten führen, ist dies ein Indiz für die Tiefe der Transformationsprozesse im bürgerlichen Lager. Die FDP ist leicht gestärkt in beide Landesparlamente eingezogen. Lindner inszeniert die FDP als eine Art rechtsbürgerliche Fundamentalopposition, die ihren Profit aus der Krise der Merkel-CDU zieht. Ob diese Strategie langfristig tragfähig sein wird, bleibt abzuwarten.

Mit AfD und Grünen müssen die beiden gegensätzlichen Pole der kulturalistischen Spaltungslinie des Parteiensystems – Kosmopoliten versus Kommunitaristen⁴ – als Gewinner dieser Wahlen angesehen werden. Den Grünen ist es gelungen, sich als neue Brückenpartei zu etablieren und sehr unterschiedliche soziale und politische Milieus anzusprechen. Auf der einen Seite haben die Grünen massiv Stimmen von der Sozialdemokratie gewonnen und sie damit als führende Kraft des Mitte-Links-Spektrums abgelöst. Auf der anderen Seite zeigen die deutlichen Gewinne bei früheren CDU/CSU-Wählern, dass sie auch einen modernisierten Konservatismus ansprechen können. Gerade in den ländlichen Räumen Bayerns gelang dies mit einer ökologischen Schwerpunktsetzung, beispielsweise gegen Flächenverbrauch. Die ökologischen Orientierungen fungierten wie eine Klammer zwischen den unterschiedlichen sozialen Milieus. Die Grünen – so lässt sich zusammenfassend sagen – boten eine attraktive Erzählung eines anderen Bayerns an: ökologisch, weltoffen und doch heimatverbunden. Und diese Erneuerungserzählung funktionierte trotz einer durchwachsenen umweltpolitischen Bilanz in Hessen selbst aus einer Bündnisposition mit der CDU heraus. „Mit Tarek statt Groko“ mobilisieren und zugleich selbst mit der hessischen CDU koalieren, ist ein politisches Kunststück.

Mit dieser erfolgreichen Mobilisierungsstrategie haben sie auch das politische Terrain der Linkspartei eng begrenzt. In Bayern misslang abermals ihr Parlamenteinzug; sie hat nicht einmal den Stand der vorletzten Landtagswahl 2006 erreicht. Auch wenn die Linkspartei auf absolute Stimmengewinne und junge Neumitglieder verweisen kann, so lässt sich dieses schwache Ergebnis weder in eine Erfolgsgeschichte ummünzen noch mit einer fehlenden R2G-Machtperspektive erklären. In der Doppelkrise des bayerischen Konservatismus und zugleich der Sozialdemokratie gelingt der Linkspartei kein Ausbruch aus dem Sektenghetto. SPD und Linkspartei erzielen in Bayern zusammen 12,9 Prozent – also deutlich weniger als das 20-Prozent-Ergebnis, das die SPD allein bei der Landtagswahl 2013 erzielt hatte. Auch von der bundespolitischen Dimension dieser Wahlen konnte die Linkspartei nicht profitieren. Der Aufschwung sozialer Bewegungen in Bayern, die in den Demonstrationen gegen das Polizeigesetz und die Flüchtlingspolitik der Landesregierung ihren Ausdruck fanden, kam nicht der Linkspartei, sondern vor allem den Grünen zugute. Die bayerischen Wähler verbanden mit der Linkspartei keinen reformpolitischen Nutzen auf Landesebene. In Hessen gelang ihr dagegen mit 6,3 Prozent das bisher beste Landtagswahlergebnis. Allerdings konnte sie auch hier in keiner Weise die sozialdemokratischen Verluste kompensieren. Sie gewinnt 25.000 Stimmen von der SPD und verliert 15.000 an die AfD. Ihre Hochburgen hat sie in den Universitätsstädten. Allen Selbstbeschwörungen einer neuen Klassenpolitik und starker Unterstützung aus dem Gewerkschaftsapparat zum Trotz hat sie nur leicht überdurchschnittliche Ergebnisse bei den Gewerkschaftsmitgliedern erreichen können (8,4 Prozent insgesamt, bei den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern allerdings 10,4 Prozent).

In Hessen (wie im Saarland) verdankt sich die parlamentarische Existenz einer erfolgreichen Abspaltung des sozialdemokratischen Felds. Aus einer reformerischen Gesamtperspektive ist dies ein Nullsummenspiel, selbst wenn die Spaltung über eine entsprechende R2G-Konstellation wieder eingeehrt werden könnte.

⁴ Sie liegt quer zu den sozialen Milieus. Aus Platzgründen muss hier auf eine ausführliche Thematisierung der unterschiedlichen Spaltungslinien verzichtet werden. Deren politisches Gewicht ist immer eine Frage der politischen Formierung.

Mit zweistelligen Ergebnissen ist die AfD nunmehr in allen Landesparlamenten vertreten. Ohne charismatisches Führungspersonal gewinnt ein zerstrittener Landesverband 10,2 Prozent in Bayern – und dies angesichts der Konkurrenz der Freien Wähler, die sich in der Flüchtlingspolitik zwischen CSU und AfD verorten. Die AfD gewinnt vor allem von der CSU, den Nichtwählern und Wählern nicht etablierter Parteien. Bei den Arbeitern haben sie mit 20 Prozent ihre größte soziale Unterstützerguppe. In Hessen erreicht sie mit 13,1 Prozent ihr bisher zweites bestes Landtagswahlergebnis in den alten Bundesländern. Auch hier gewinnt sie vor allem von der CDU und Wählern nicht etablierter Parteien. Die AfD ist vor allem Fleisch vom Fleisch der CDU Hessen und steht für die Teilradikalisierung dieses früher in der CDU beheimateten Milieus. Sie hat in allen Sozialgruppen zweistelliges Potential, allerdings bei Arbeitern mit 24 Prozent und Arbeitslosen mit 28 Prozent (und fast dramatischen Steigerungsraten) Spitzenwerte. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern hat sie mit 17 Prozent ein überdurchschnittliches Ergebnis und ist hier doppelt so stark wie die Linkspartei. Auch hier zeigt sich eine signifikante Geschlechterdifferenz: Es sind vor allem die männlichen Gewerkschaftsmitglieder, die mit 20,3 Prozent (weibliche Gewerkschaftsmitglieder 5,3 Prozent) zu dieser überdurchschnittlichen AfD-Unterstützung beitragen. Die Zukunft der AfD hängt nicht zuletzt davon ab, ob nationalistische und rassistische Abschottungspolitik weiterhin eine Klammer sein kann, die unterschiedliche soziale Milieus – von alten bürgerlichen Milieukernen der CDU bis hin zu enttäuschten Wählern der ehemaligen Volksparteien aus der Arbeiterschaft – verbindet. Die deutliche Radikalisierung hat der AfD bisher noch in keiner Weise geschadet.

Exkurs: Die AfD als Radikalisierungskollektiv

Die AfD spielt in mehrfacher Weise die Rolle eines Radikalisierungskollektivs: im Hinblick auf ihre innerparteiliche Entwicklung, die Auswirkungen auf das Parteiensystem und die Umgruppierung des Alltagsverstands.

Innerparteilich erweist sich der völkisch-nationalistische Flügel um Björn Höcke, der

– wie jüngst in Chemnitz – keinerlei Berührungspunkte zu rechtsextremen Kräften kennt, als der dynamische Pol der Parteientwicklung. Nachdem es gelungen ist, den neoliberalen Flügel um Lucke aus der Partei zu drängen, hat sich das siegreiche Parteizentrum um Gauland, Meuthen und Weidel selbst nach rechts radikalisiert, so dass heute vor allem noch taktische Unterschiede zum Agieren des völkisch-nationalistischen Flügels bestehen. Die Zusammenarbeit mit den Netzwerkstrukturen der Neuen Rechten und neuen rechtsradikalen Bewegungsformen wie Pegida oder die Identitären ist evident. Diese wissen sehr genau, dass der nächste Schritt nach rechts nicht von ihnen, sondern nur von der AfD gegangen werden kann. Rassismus und die ständige rechtspopulistische Rhetorik vom drohenden Untergang des Landes laden das politische Klima gewaltträchtig auf und schaffen damit auch einen neuen Resonanzraum für rechte Militanz.

Im Hinblick auf das Parteiensystem insgesamt besteht die Funktion der AfD noch nicht in der eines potentiellen Koalitionspartners (wie bereits der Rechtspopulismus in Nordeuropa)⁵, sondern der einer politischen Formation, die das Diskursfeld radikalisiert und die anderen Parteien nach rechts treibt. Das ist gerade auf dem Feld der Migrations- und Flüchtlingspolitik erkennbar.

Der AfD-Erfolg verdankt sich nicht zuletzt einer erfolgreichen Umgruppierung des Alltagsverstands, auf dessen widersprüchliche Struktur Antonio Gramsci hingewiesen hat.⁶ Wir wissen seit Jahren um die weite Verbreitung von Einstellungsmustern gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie verblieben jedoch lange im privaten Raum, waren vielfach von demokratischen, auch sozialstaatlichen Orientierungen überlagert und dadurch politisch entschärft. Jetzt werden diese im öffentlichen Raum artikuliert und die bisher vagabundierenden Potentiale politisch formiert.

5 Frank Bandau: Skandinavien Rechtspopulisten: Von Schmutzkindern zu Königsmachern. In Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2018, S. 83 ff.

6 Antonio Gramsci, Gefängnishefte 6, Hamburg, 1994, S. 1376.

Allein in dieser doppelten Resonanz liegt schon ein Prozess der Radikalisierung. Der AfD ist es gelungen, diese problematischen Einstellungsmuster „scharf“ zu stellen. Sie hat damit einen Lernprozess von rechts initiiert, der neue soziale Milieus für das rechtsradikale Lager erschlossen hat, die die NPD selbst in ihrer erfolgreichsten Phase in Sachsen nicht erreichen konnte.

Die Zukunft des Parteiensystems: Neugründung der Sozialdemokratie?

Die Verhältnisse der alten Bonner und frühen Berliner Republik, in der die zwei Volksparteien CDU/CSU und SPD flächendeckend als politische Antipoden fungierten, sind vorbei. Es entsteht ein pluralisiertes und regionalisiertes Parteiensystem, in dem sich sehr unterschiedliche Mehrheitskonstellationen bilden können und selbst Lagerwahlkämpfe keine Lagermehrheiten garantieren. Die CDU/CSU ist immer noch die politische Formation, die am stärksten über eine bundesweite Präsenz verfügt, aber auch ihre volksparteiliche Existenzform ist stark angegriffen. Merkel wird eine CDU hinterlassen, die – der Schröder-SPD vergleichbar – programmatisch entleert und von ihren früheren Milieus entkernt sein wird. Ihr Rückzug vom Parteivorsitz ist ein kluger Schachzug. Sie signalisiert, dass ihre Zeit vorbei ist und eröffnet damit der CDU die Chance zur personellen Erneuerung, mit der auch offene Richtungsentscheidungen über die Modernisierung oder Retraditionalisierung des deutschen Konservatismus verbunden sein werden.

In der spw 222 habe ich die Bundestagswahlen 2017 als Einschnitt in der Entwicklung des deutschen Parteiensystems analysiert und dabei die Gefahr eines „französischen Abstiegspfades“ für die Sozialdemokratie prognostiziert.⁷ Die bayerischen und hessischen Wahlergebnisse bestätigen diesen Befund. Die AfD hat sich strukturell im Parteiensystem verankert und ist gewissermaßen das Gegenstück zu den grünen Wahlerfolgen. Beide zei-

gen die derzeitige Bedeutung der kulturalistischen Spaltungslinie des Parteiensystems.

Die Grünen haben sich nach dem Scheitern der Jamaika-Konstellation auf Bundesebene als erste politische Formation auf diese „neue Zeit“ des deutschen Parteiensystems eingelassen. Ihre Parteiführung artikuliert mit großem Geschick diesen politischen Zeitenwechsel und verändert dadurch bisherige Diskurs- und Milieugrenzen. Ausgehend vom süddeutschen Raum können die Grünen im Westen die führende Kraft einer neu – auch ökologisch – definierten Mitte werden, die nach allen Seiten hin bündnisfähig ist, also sowohl einen Mitte-links-Block anführen als auch mit der CDU kooperieren kann. Wenn Habeck davon spricht, dass die Grünen keine Projektpartei mehr seien, sondern in die Mitte der Demokratie rücken müssten, ist dies auch eine klare Absage an das Konzept einer R2G-Lagerpartei. Im Osten fehlen für eine solche Strategie die Milieukerne, aber der bundesweite Hype könnte helfen, die parlamentarische Existenz der Grünen zu sichern.

SPD und Linke wirken wie Zaungäste eines großen Umbruchs des Parteiensystems, die gemeinsam keine politische Sprache finden, die alte Milieus zu binden und neue anzusprechen vermag. Auf Bundesebene hat R2G sein politisches Momentum nach 2013 verpasst. Nun ist diese Konstellation weiter denn je von einer gesellschaftlichen Mehrheitsfähigkeit entfernt, was den Mitte-Trend der Grünen verstärken wird. Ob die Linkspartei das Wahljahr 2019 ohne Parteispaltung übersteht, ist eine offene Frage.

Die SPD ist derzeit nur noch eine nordwestdeutsche Regionalpartei, was ihre Fähigkeiten angeht, einen mehrheitsfähigen Block zu formieren. In mittlerweile fünf Bundesländern liegt sie unter 15 Prozent Wählerzustimmung und agiert am Rande der politischen Bedeutungslosigkeit. Gerade die Landtagswahlen 2019 im Osten bringen die Gefahr weiterer einstelliger SPD-Ergebnisse mit sich. Der Osten erweist sich als Avantgarde in der Zerstörung des alten Parteiensystems. Hier drohen bei einer weiteren Stärkung der AfD sehr schwierige

⁷ Peter Reif-Spirek: Die andere Republik – Notizen nach einer vorhersehbaren Niederlage. In: spw 222, S. 5 ff.

parlamentarische Mehrheitsbildungen, wenn nur noch zwischen „mosaikdemokratischen“ Mehrheiten, Tolerierungsmodellen oder gar einer neuen „Nationalen Front“ aus CDU und Linkspartei gewählt werden kann, um eine blau-schwarze Landesregierung zu verhindern.

Diese strukturellen Entwicklungen lassen sich nicht kurzfristig ändern. Sicher helfen auch ständig neue Personaltableaus ohne Strategiewechsel nicht weiter. Die heutige Führungsschicht der Sozialdemokratie – und die SPD-Linke macht hier keine Ausnahme – rekrutiert sich zunehmend aus Generationskohorten, die ihr gesamtes berufliches Leben im politischen Apparat zugebracht haben. Ihre Fähigkeiten zu innerparteilicher Netzwerkbildung stehen im umgekehrt proportionalen Verhältnis zu ihrer gesellschaftlichen Kommunikationsfähigkeit. Nie in ihrer Geschichte hatte die Sozialdemokratie eine derart sozial homogene Führungsschicht – und diese soziale Exklusion hat Folgen. Das Mitte-unten-Bündnis, das die SPD früher allein repräsentierte, ist zerbrochen. Die Sozialdemokratie, wie wir sie kannten gibt es nicht mehr und nichts spricht für ihre Wiederbelebung, denn sie hat zu vielen sozialen Milieus keine Kontaktflächen mehr. Allenfalls sehr langfristig ließe sich dies noch einmal korrigieren.

Ob der Sozialdemokratie diese Zeit bleibt, durch solides Regierungshandeln wieder langfristiges Vertrauen aufzubauen, ist eine offene Frage. Die Wahlen im nächsten Jahr könnten mit einer Kette von existenzgefährdenden Niederlagen enden. Der sozialdemokratische Staatsadel kann nicht in Kategorien des politischen Bruchs denken und kennt daher keine Haltelinien. Deswegen ist von ihm kein symbolpolitischer Befreiungsschlag zu erwarten, der den Bruch mit der GroKo exekutiert.

Noch in ihrem Niedergang erweist sich paradoxerweise die Schlüsselrolle der Sozialdemokratie für die Demokratieentwicklung in diesem Land. Denn das soziale Terrain, das einst die Sozialdemokratie „unten“ politisch repräsentierte und dadurch demokratisch band, wird weder durch die Grünen, noch durch eine

Mosaik- oder Transformationslinke übernommen. In dieser Repräsentationslücke agiert der Rechtspopulismus als Kraft der Veränderung – während ein hilfloser Antirassismus der gesellschaftlichen Linken keine politische Sprache für die diffusen Gefühle sozialer und politischer Heimatlosigkeit findet. Als Leerstelle im politischen Raum erweist sich die demokratische Repräsentation der sozialen Unterklassen – für die Schließung dieser Leerstelle müsste vermutlich die Sozialdemokratie, einst hervorgegangen aus Arbeiterbildungsvereinen, durch eine sozial verankerte Generation von „Organizern“ neu gegründet werden. Das wäre dann eine ganz andere personelle Repräsentation der Sozialdemokratie. ■